

Heinersdorf: LKW brennt, Staatsschutz ermittelt

☒ Auf dem für eine Moschee vorgesehenen Bauplatz in Berlin-Heinersdorf ist in der Nacht ein Lastwagen angezündet worden. Es hat – man höre und staune – der Staatsschutz die Ermittlungen aufgenommen. Geraunt wird schon wieder von einem rechtsradikalen Hintergrund, der in politisch korrekter Denkart bei den Moscheegegnern zwingend vorliegen muss.

Letzten Endes wird es sowieso keine Rolle mehr spielen, wer ihn tatsächlich verübt hat. Die Moscheegegner sind, um es einmal in Roth'schen Worten auszudrücken, bereits stigmatisiert und pauschal unter den Generalverdacht des Rechtsradikalismus gestellt worden.

Auf die Moscheebaustelle der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde in Pankow-Heinersdorf ist ein Brandanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei brannte am Mittwochabend ein Lastwagen auf dem Grundstück an der Tiniusstraße. (...) Ein Kipplaster brannte, verletzt wurde niemand. Die Polizei fand Hinweise auf Brandstiftung, sagte ein Sprecher. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen.

Interessant, oder? Anderswo in der Republik werden Menschen halb- oder gleich ganz tot geschlagen, von Staatsschutz keine Spur! Und hier, wo niemand verletzt wurde, rückt ganz wichtig der Staatsschutz an. Natürlich, hier sind Moslems die „Opfer“, da zeigt der Staat die Zähne, wo er sonst nur milde lächelt.

Gegen die Moschee gibt es seit Bekanntwerden der Pläne vor einem Jahr massive Proteste von Anwohnern, aber auch von organisierten Rechtsextremisten.

Und schwupps, eh man sich versieht, werden in einem kleinen

Nebensatz die Moscheegegner in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt, und gleichzeitig ein „diskreter“ Hinweis auf die Tatverdächtigen gegeben. Denn, wer hätte sonst ein Interesse?

Zwei Bürgerbegehren gegen den Bau blieben ohne Erfolg. In den vergangenen Tagen hat sich der Konflikt weiter zugespitzt. Zuletzt hatten Anwohner versucht, die Abrissarbeiten alter Gebäudereste auf dem Gelände mit einer Anzeige wegen „Körperverletzung durch Freisetzung von asbestverseuchtem Abbruchstaub“ zu verhindern. Der Baustopp wurde aber nach einem Tag wieder aufgehoben. „Die Atmosphäre ist vergiftet“, sagte Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) kürzlich über den Konflikt mit den Moscheegegnern in einem Interview. „Die Proteste werden von immer weniger Leuten getragen, aber radikalisiert sich“, heißt es bei der Initiative „Heinersdorf öffne Dich“, die sich für mehr Toleranz im Viertel engagiert.

Und da ist dann gleich der nächste Hinweis – lässig in den Raum geworfen von der linksgrünen Multikulti-Initiative „Heinersdorf öffne Dich“. Moscheegegner = Radikale = Rechtsextremisten = Brandstifter. Die Bundestags-Vizepräsidentin, Petra Pau von der PDS/Die Linke, die die Moscheegegner ebenfalls als Neonazis verleumdete, musste sich bei Androhung einer Vertagsstrafe von 5.000,- Euro zur Unterlassung verpflichten. Dennoch gehen die Diffamierungen an anderer Stelle ungebremst weiter. Die Möglichkeit, dass Moscheebefürworter oder sogar Gemeindemitglieder den Brandanschlag verübt haben könnten, um die Gegner in Misskredit zu bringen, kommt bei dieser Denke nicht vor. Und dann erfahren wir noch ein bißchen davon, dass die Gemeinde gemäßigt ausgerichtet. Davon, dass deren Imam die Ehe seiner Tochter arrangiert hat und niemanden kennt, wo dies anders war und seine Gemeindemitglieder sich weigern, Frauen die Hand zu geben, sagt man uns nichts. Da weiß man dann, auf welcher Seite man zu stehen, und wen man abzulehnen hat.

Die Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V. (IPAHB) verurteilte übrigens erwartungsgemäß umgehend den Anschlag. Sie wehrt sich ausschließlich mit den Mitteln des Rechtsstaates. Das hat der *Tagespiegel* ganz vergessen, zu erwähnen.

(Spürnase: FreeSpeech)